

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21
"Tagblatthaus".

Leser-Karte: Das Blatt ist von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postkassent: Frankfurt a. M. Nr. 7485.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:

„Tagblatt“ Nr. 8850-53.
Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Postkassent: Frankfurt a. M. Nr. 7485.

Bezugspreis: Vom Verlag bezogen: M. 3.50, durch die Ausgabestellen bezogen: M. 4.00, durch die Träger ins Haus gebracht M. 4.50 monatlich. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postämter. — In Fällen höherer Gewalt, Verzögerungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Befreiung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Anzeigenpreis: Letztliche Anzeigen M. 2.—, Finanz- und Kultur-Anzeigen M. 3.—, auswärtige Anzeigen M. 4.—, örtliche Anzeigen M. 7.—, auswärtige Anzeigen M. 10.— für die einseitige Kolonisation oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme ununterbrochener Anzeigen entsprechend der Anzahl der Anzeigen-Annahmen für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Blücherstraße 12, Fernsprecher: Amt Marienplatz 15300.

Donnerstag, 16. Februar 1922.

Abend-Ausgabe.

Nr. 80. + 70. Jahrgang.

Das Vertrauensvotum für Dr. Wirth angenommen.

220 Stimmen dafür, 185 dagegen, 16 Stimmenthaltungen.

Der Sieg des Reichstanzlers.

Ehe am Mittwoch im Reichstag die Abstimmung über die Vertrauensresolution stattfand, kam es erneut zu einer politischen Aussprache. Als dann erklärte der Reichstanzler würdig und klar, der vorliegende Vertrauensantrag sei ausreichend und der Verkehrsminister Gröner führte noch einmal aus, daß von Währungsregelungen der Währungsminister nicht die Rede sein könne. Abg. Dr. Petersen verlas namens der deutschen demokratischen Fraktion folgende Erklärung:

Die demokratische Reichstagsfraktion hält die Behauptung, daß zwischen den Worten und Taten der Regierung ein Widerspruch vorliege, für durch nichts bewiesen. Sie lehnt es ab, ihre Stellung durch halblöcherliche Kombinationen beeinflussen zu lassen. Sie hält es für die Pflicht der Parteien, sich an die Erklärungen der Regierungsvertreter im Parlament zu halten.

Der Rest der Debatte war von minderm Interesse. Erst nach 5 Uhr kam man zur Abstimmung, die unter dem Eindrucke fieberhaftester Höchstspannung stand. Rührte man doch, daß sich die bayerische Volkspartei der Stimme enthalten würde, und die Stellung der U. S. P. blieb zweifelhaft. Schließlich verkündete nach langen Minuten des Harrens unter lautloser Stille der Präsident das Abstimmungsergebnis über den Vertrauensantrag der Regierungsparteien. Abgegeben wurden 221 Stimmen, enthalten hatten sich 16 Abgeordnete, mit Ja stimmten 220, mit Nein 185 Abgeordnete. Die Verkündung dieses Resultats wurde besonders im Zentrum und bei den Sozialdemokraten mit stürmischem Beifall und Händeklatschen aufgenommen. Die Mehrheit von 35 Stimmen ist unter den gegebenen Umständen durchaus respektabel. Sie beweist, daß die Festigkeit der Regierung die Opposition in Schach gehalten hat. Das Kabinett Wirth ist also als erste wieder in seiner Position gesichert. Freilich muß es sich darüber Rechenschaft geben, daß die Klärung, wie sie der Reichstanzler bei seiner Forderung vom Samstag vielleicht im Auge hatte, auch jetzt nicht erreicht worden ist. Denn die Mehrheit reicht zwar aus, um dem Kabinett auf absehbare Zeit die Weiterarbeit zu ermöglichen, aber sie gibt keine Gewähr dafür, daß die Krisen, die in diesem Reichstag mit periodischer Häufigkeit eintreten, sich nicht bei der nächsten Gelegenheit wiederholen.

Immerhin muß jetzt die sachliche Arbeit beginnen. Der Kanzler, der in Übereinstimmung mit den Regierungsparteien das Ergebnis der Abstimmung als einen befriedigenden Erfolg betrachtet, soll, wie man hört, beabsichtigen bereits in der nächsten Woche, wenn das Steuerkompromiß ins Plenum kommt, die Frage der großen Koalition selbst aufzurollen. Die Aussichten für ein Gelingen dieses Vorhabens scheinen allerdings gegenwärtig nicht gerade günstig zu sein. Aber wir werden auf die Dauer um die Schaffung einer breiten und stabilen Mehrheit nicht herumkommen, wenn die Krise nicht das ständige Kennzeichen unserer politischen Lage bleiben soll. Das Interesse Deutschlands, besonders in Hinsicht auf unsere Außenpolitik, fordert aber gebieterisch, daß dieser Krisenzustand nun endlich einmal aufhört!

Sitzungsbericht.

Br. Berlin, 16. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Als am Mittwoch in den Wandelgängen des Reichstags die augerückte Lage der Dinge bekannt wurde, nämlich daß die bayerische Volkspartei keineswegs für Wirth zu stimmen nachschickte und daß die Unabhängigen sich gegen Wirth zu nehmen vorhaben, hatte die allgemeine Stimmung einen Grad erreicht, wie er in diesem an Aufregungen und Überraschungen reichem Hause selten erreicht worden ist. Alle Redner empfanden — und wenn sie noch so optimistisch gefaßt waren —, daß man bestenfalls mit einer ganz geringen Mehrheit für Wirth rechnen dürfte. In den Kreisen der Regierungsparteien rechnete man bereits mit dem Sturz des Kabinetts Wirth; überall aber regnete man sich in Kombinationen über das, was nun kommen werde, falls Wirth eine Niederlage erlitten. Etwas bestimmtes war nicht zu erfahren, doch wurde überall verkündet, daß der Reichstanzler bereits die Auflösung des Reichstags vom Präsidenten unterzeichnet, für alle Eventualitäten in der Tasche trage.

In der Plenarsitzung selbst widmete man den Ausführungen der Abg. Bahr (Dem.) und Jand (D. Vpt.) über das Reichsmietengesetz, in dessen Beratung das Haus zunächst eingetreten war, keine Aufmerksamkeit. Auch im Saal anwesenden Abgeordneten hatten andere näherliegende Dinge im Sinne. Das Haus war voll besetzt. Zu den Rednertribünen waren seit Tagen bereits alle Karten vergeben. Um 3.45 Uhr wurde die Beratung über das Reichsmietengesetz abgebrochen, um die Abstimmung über das Vertrauensvotum und die Mißtrauensvoten vorzunehmen. Zunächst wurde auf Antrag des Reichstanzlers

Öbe eine Pause von zehn Minuten eingehoben, die offenbar dazu bestimmt sein sollte, nochmals zu versuchen, den außerhalb der Koalition stehenden Parteien, namentlich der bayerischen Volkspartei und den Unabhängigen, den Ernst der Lage klar zu machen.

Um 4.05 Uhr eröffnete Präsident Öbe wieder die Sitzung und, da die Bezeichnung der Interpellation am vorigen Samstag wieder durch das Eintreffen des Kanzlers eröffnet worden war, mußte die Debatte fortgesetzt werden. Zunächst sprach der Abg. Bahr (D. Vpt.), der sich an den Reichstanzler mit der Frage wandte, ob er, nachdem er eine klare Stellungnahme verlangt hatte, das vorliegende Vertrauensvotum denn für klar halte.

Der Abg. Gröner (U. S.) hielt eine sehr ausführliche Rede, in der er die Stellung seiner Partei mit sehr scharfen Angriffen gegen die Regierung und deren Verhalten in der Eisenbahnerfrage bekräftigte und die Ablehnung des Vertrauensvotums befürwortete.

Nachdem er sich dann

Reichstanzler Dr. Wirth das Wort um zu betonen, daß das Vertrauensvotum nicht Einzelheiten, sondern die Gesamtlage zusammenzufassen habe und verwies darauf, daß die auswärtige Politik in dieser Stunde die Hauptrolle spiele.

Reichsverkehrsminister Gröner (von Adolf Hoffmann mit dem Ruf: „Hundstot!“ begrüßt, was dem Kanzler natürlich einen Ordnungsruf eintrug) gab eine Erklärung ab über die Tendenz seiner Maßnahmen gegen die Streikenden. Nichtführer im Streik würden in ihre bisherigen Rechte wieder eingesetzt, Mitläufer nicht bestraft werden.

Kurz war auch die Erklärung des Führers der Demokraten, Dr. Petersen, der es ablehnte, die Stellungnahme seiner Partei durch halblöcherliche Kombinationen beeinflussen zu lassen.

Die Vertreter der kommunistischen Parteien, Dr. Levi und Köhnen, teilten mit, daß sie gegen die Regierung stimmen würden, und auch Dittmann (U. S.) sprach nochmals, um darauf hinzuweisen, daß seine Partei aus reinem politischen Interesse das Kabinett Wirth, aber aus innerpolitischen Gründen gegen das Vertrauensvotum stimmen müsse.

Der Abg. Leicht (Bayer. Vpt.) gab die Erklärung ab, seine Partei werde sich der Abstimmung enthalten.

Sehr ernste Worte fand dann der Vertreter der Reichsbauernvereine, Abg. Müller-Frankenberg, der namentlich die links von ihm stehenden Genossen davor warnte, das Kabinett zu stützen. Wenn eine reaktionäre Regierung die letzte abblühe, so habe niemand anderes Schuld als die äußerste Linke. Mit bloßen Reden könne auch den Eisenbahnern nicht geholfen werden; aber seine Partei werde hier praktisch helfen einsteigen.

Abg. Marx (Zentr.) wies aus seinerseits, wohl offenbar im Namen der Koalitionsparteien, die Ausführungen des Deutschnationalen Bahr zurück.

Nun kam man zur eigentlichen Abstimmung. Es wurden 221 Stimmen abgegeben. Für das Vertrauensvotum stimmten 220 Abgeordnete, darunter 213 Mitglieder der Regierungsparteien, ferner 4 bayerische Bauernvereine sowie die Abgeordneten der bayerischen Volkspartei Schürmer, Bonifant und Dr. Derrmann. Gegen das Vertrauensvotum wurden 185 Stimmen abgegeben. 16 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Eine Anzahl Unabhängiger, darunter der Abg. Breitfeld, hatten während der Abstimmung den Saal verlassen, wodurch die gegen das Vertrauensvotum stimmenden Parteien eine wesentliche Schwächung erlitten.

Nach der Abstimmung leitete das Haus die Beratung des Reichsmietengesetzes fort, wozu noch die Abg. Heidemann (Komm.), Budjuhn (D. Vpt.) und die Sozialdemokraten Siemann und Bentin das Wort nahmen.

Gegen 7 Uhr abends wurde die Weiterberatung des Reichsmietengesetzes auf Donnerstagmittag 2 Uhr vertagt.

Einzelheiten aus der Abstimmung.

Br. Berlin, 16. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Die 220 Stimmen der Regierungsparteien für die Vertrauensfrage verteilten sich wie folgt: 107 Sozialdemokraten, 84 Zentrum, 39 Demokraten, 4 Bauernbund und 2 Bayerische Volkspartei. Die 185 Gegenstimmen waren: 88 Deutschnationalen, 60 Deutsche Volkspartei, 32 Unabhängige, 24 Kommunisten und eine bei keiner Fraktion. 16 Abgeordnete der bayerischen Volkspartei enthielten sich der Abstimmung. Dr. Marx war durch seinen Pariser Aufenthalt entschuldigt. Vom Zentrum fehlten wegen Krankheit die Abg. Braun, Bell und Fräulein Leusch und der Abg. Pfeiffer infolge seines Wiener Aufenthaltes. Von den Demokraten fehlte der in Genf weilende Abg. Schiffer und der Abg. Hieber, der in Stuttgart weilte. Von der Deutschen Volkspartei waren wegen Krankheit abwesend die Abg. von Raumer, Quara, Reubler-Böhm, Spengler und Heine. Von den Deutschnationalen fehlten zwei Mitglieder, nämlich die Abg. Anshadt und Graf Kanitz. Von den Sozialdemokraten fehlte einer. Von den Unabhängigen waren 48 in Berlin, aber 14 haben an der Abstimmung nicht teilgenommen. 12 Mitglieder dieser Partei waren überhaupt nicht anwesend.

Keine Verhandlungen Dr. Hermes mit den Rechtsparteien.

W. T. B. Berlin, 16. Febr. In einer Vertikung, die Reichsminister Dr. Hermes der „Freiheit“ überliefert, heißt es: „In der Freiheit“ vom 15. Februar wird im Anschluß an eine Kombination des „Abendblattes“ behauptet: „Herr Hermes hat tatsächlich Verbindung mit den Rechtsparteien aufgenommen, um an die Spitze einer etwa durch die Reaktion neu gebildeten Regierung zu treten.“ Diese Mitteilung ist völlig aus der Luft gegriffen. Derartige Verhandlungen oder Besprechungen mit irgendwelchen Parteien oder Vertretern von Parteien habe ich niemals geführt oder irgendwelche Erklärung in dieser Richtung gegeben.

Die Ansicht der Berliner Presse.

Br. Berlin, 16. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Das Berliner Tageblatt schreibt zu dem Siege des Kabinetts Wirth: Das Kabinett hat nicht nur eine Majorität weniger Stimmen erzielt, sondern es hat eine erhebliche Stimmenmehrheit auf sich vereinigt. Kaum hatte der Präsident den großen Sieg Dr. Wirths verkündet, als sich die allgemeine Spannung in einen frenetischen Beifall der Regierungsparteien auflöste, in den auch die Tribünen einfielen.

Das war gestern die erste wirkliche Probe, erklärte Georg Bernhardt in der „Vossischen Zeitung“, auf das parlamentarische System in Deutschland. Der Kanzler hat durch die Verkündung des positiven Vertrauens das System gestärkt. Es wird an Wirth liegen, ob der parlamentarische Erfolg ein dauernder Erfolg seiner Politik sein wird. Genau so, wie er diesmal das positive Vertrauen des Reichstags zu sich herübergezogen hat, so wird er noch im nächsten Maße eine Reihe ähnlicher Resultate erzielen, wenn er entsprechend diesem Programm sein Kabinett zusammenstellt und die Koalition ganz nach seinem Wunsch bildet.

Auch der „Berliner Lokal-Anzeiger“ bezeichnet die Abstimmung als einen glatten Sieg.

Die „Germania“ urteilt: Das Ergebnis bedeute einen großen Erfolg für die Politik der Regierung und für ihren Leiter. Die Kabinettisten ließen alle Mienen lockern, um den Kanzler zu Fall zu bringen. Die Opposition hält besonders der Versuch des Kanzlers, so daß der Kanzler das Abstimmungsergebnis als eine persönliche Genugung deuten konnte. Der Kampf ging um die Frage, ob die Regierung im Eisenbahnerstreik richtig gehandelt habe oder nicht. Er betraf einfach den Kernpunkt der Politik, soll die, welche schließlich die Weltatmosphäre beruhigt und Deutschland vor Schlimmem bewahrt, fortgesetzt werden. Der Reichstag hat in seiner Abstimmung deutlich gezeigt, daß er gewillt ist, die Politik in der bisherigen Richtung fortzuführen. Das ist das Wesentliche an der gestrigen Entscheidung, und das ist so ausgefallen ist, als ein Glück für Deutschland zu buchen.

Der „Vorwärts“ nennt das Ergebnis der Abstimmung für Deutschland erfreulich und für die Koalition ermutigend. Aber die Regierung und die Parteien hätten keine Zeit, sich auf ihren Vorbeeren auszuruhen. Die Reform muß unversöhnlich in Angriff genommen werden. Das Volk hat die Krisenmacherei satt. Man müsse im Interesse des schaffenden Volkes eine sachliche und praktische Politik treiben.

Die „Zeit“ beschäftigt sich in einem längeren Leitartikel eingehend mit dem angenommenen Vertrauensvotum mit der Bemerkung, daß noch einmal die Zeit kommen wird und kommen muß, in der auch die Kreise, die heute den Zusammenbruch ablehnen, von dessen Notwendigkeit überzeugt sein werden.

Das Echo in Paris.

W. T. B. Paris, 16. Febr. Zur gestrigen Abstimmung im deutschen Reichstag erklärt das „Echo de Paris“, daß der Reichstag 469 Mitglieder zähle, könne man sagen, daß das Ministerium in Wirklichkeit fortgesetzt nur durch eine Minderheit unterstützt werde. Reichstanzler Wirth und seine Kollegen würden zweifelsohne, wenn man sie bedrohen werde, die Garantien, auf die sich die Alliierten in der Reparationsfrage festlegen würden, annehmen. Aber diese Garantien schloßen eine tiefgehende Erneuerung der Verträge, die seit drei Jahren verfolgt worden seien, um dem Versailler Vertrag zu entsprechen, in sich, so daß das Ministerium, selbst wenn es guten Willens sei, nur dann ein nützliches Werk vollbringen werde, wenn es vom Parlament, von den Beamten und von der gesamten Bevölkerung unterstützt werde. Welche Änderung sei dazu notwendig? Das „Echo de Paris“ glaubt, daß eine derartige Umgestaltung nur durch einen äußeren Druck der Alliierten erfolgen könne.

Der Berliner Korrespondent des „Petit Parisien“ kennzeichnet die politische Lage, so wie man sie auf der Pressekonferenz des Reichstags gestern typisch beurteilt habe, mit den Worten: „Es wird weiter gewürfelt.“ (Wörtlich.)

Der „Figaro“ erklärt, die Rechtsparteien würden nur schwer sich dazu verstehen, einem Kanzler der Demokratie den Gnadenstoß zu verleihen, der es dem noch ohnmächtigen Deutschland gestatte, seine Stunde abzuwarten. Andererseits befürchteten die Linksparteien das Aufsteigen der Nationalisten zur Macht. Die Deutschen hätten sich also noch nicht einigen können über die beste Art, nicht zu zahlen, was man schuldete, über die Art, den Versailler Vertrag zu zerbrechen und die Alliierten zu dupieren. Aber ihre Ansichten seien interessant zu beobachten.

Das „Deuxième“ sagt, die Wahrheit sei, daß Dr. Wirth im Reichstag niemals eine solide Unterstützung gefunden habe, da die Koalition der Parteien die Bildung einer Regierungsmehrheit verhindere. Was sich in den letzten Tagen ereignet habe, sei die Demonstration dieser bedauerlichen Lage.

Der „Populaire“ sagt, das Vertrauensvotum, das der Reichstanzler gestern erhalten habe, bereite dem Krisenzustand ein Ende. Die große Schlacht habe begonnen; denn das Steuerkompromiß könne als nicht mehr bestehend angesehen werden. Das ganze Finanzproblem sei also aufs neue gestellt. Man müsse hoffen, daß der Kanzler nach dieser Abstimmung die notwendigen Energie gegenüber der Großindustrie aufbringen werde, die bis jetzt systematisch keine Reparationspolitik labortiert habe.

Zustitzfragen vor dem Hauptauschuß.

Br. Berlin, 16. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Im Hauptauschuß des Reichstags sollte Reichsjustizminister Dr. Radbruch mit, daß das Entlastungsgesetz eine erhebliche Änderung nach unten zur Folge gehabt habe. Beim Reichsgericht mache sich dagegen eine erhebliche Entlastung fühlbar, so daß die weitere Verrückung der Revisionsumme demnächst den Gegenstand eines Entwurfes bilden werde. Das Reichsjustizministerium werde zurzeit einer gründlichen Umarbeitung unterzogen, um das ganze System zu modernisieren.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

W. T. B. Genf, 16. Febr. Die nunmehr im Wortlaut stehende Rede des Präsidenten Calonder bei der Eröffnung der deutsch-polnischen Verhandlungen ist vor allem dem Gedanken heftig, daß möglichst eine direkte und schnelle Einigung zwischen beiden Parteien zu erzielen sei. Er hat die Überzeugung gewonnen, daß zwischen beiden Ländern keine Interessengegensätze beständen, die so schwer zu lösen wären. Eine solche vollständige Einigung ist für Calonder auf Grund seiner Erfahrungen in Oberitalien für notwendig. Er betrachtet das Problem unter dem Gesichtspunkt der praktischen Interessen beider Staaten. Er habe die Überzeugung gewonnen, daß zwischen beiden Ländern keine Interessengegensätze beständen, die so schwer zu lösen wären. Eine solche vollständige Einigung ist für Calonder auf Grund seiner Erfahrungen in Oberitalien für notwendig. Er betrachtet das Problem unter dem Gesichtspunkt der praktischen Interessen beider Staaten.

Wie weiter gemeldet wird, schloßen sich der deutsche und polnische Bevollmächtigte dem Wunsch des Präsidenten Calonder an. Reichsminister a. D. Schiffer dankte dem Präsidenten und seinen Mitarbeitern vom Völkerbundsekretariat und vom internationalen Arbeitsamt für ihre Tätigkeit in Oberitalien. Die deutsche Regierung werde alles tun, was in ihren Kräften stehe, um zu einer Einigung zu gelangen, um die materiellen und ideellen Lebensbedingungen des deutschen Volkes gesegneten Grenzen; aber es habe bei den Verhandlungen niemals vergessen werden, daß es sich nicht allein um Oberitalien, sondern um die Beziehungen der beiden Nationen handle. Der polnische Bevollmächtigte, Długoski, erklärte, daß die Verublung der Heiler in Oberitalien die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Deutschland und Polen ermöglichen werde.

Ein Attentatsgerücht in Paris.

W. T. B. Paris, 15. Febr. Die Havas-Agentur verbreitet folgende Note: Entgegen der Meldung eines Morgenblattes ist kein Attentat gegen den Präsidenten der Republik geplant gewesen. Es wurden keinerlei Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Das Gerücht wurde ebenfalls dadurch verurteilt, daß vor einigen Tagen eine Bombe gefunden wurde, die vom Kriege berührte und in einem Korbhaken niedergelegt war.

Unruhen in Guatemala.

W. T. B. Paris, 16. Febr. Nach einer Havasmeldung aus Mexiko sind erste Unruhen in Guatemala ausgebrochen, welche einen Angriff der Unionisten gegen die Regierung.

Wiesbadener Nachrichten.

Verkauf von Luxusgegenständen durch Private.

Das Finanzamt schreibt uns: Verkäufe von Luxusgegenständen durch Private unterliegen nach dem Umsatzsteuergesetz einer Steuer von 15 v. H. des erhaltenen Betrags. Die Steuer ist auch von Gewerbetreibenden zu entrichten, wenn sie einen luxussteuerpflichtigen Gegenstand verkaufen, der nicht in ihren Gewerbetriebs fällt.

Zu den luxussteuerpflichtigen Gegenständen gehören insbesondere: Edelmetalle, wie Gold, Silber, Platin und die daraus gefertigten Gegenstände einschließlich vergoldeter, verplatteter und platinierter Stücke; ferner Edel- und Halbedelsteine, Verlen, Gegenstände aus Bernstein, Moerschbaum, Elfenbein, Perlmutter, Schildpatt, Korallen usw., Musikinstrumente, Automobile und Motorräder, Kutschwagen, Reitwagen, Teppiche, Kunstgegenstände, Antiquitäten, Sammlungsgegenstände (z. B. Briefmarken) und dergleichen mehr. In Zweifelsfällen gibt das Finanzamt — Abteilung Umsatzsteuer — bereitwillig Auskunft.

Die Luxussteuer hat in erster Linie der Verkäufer zu zahlen, auch wenn vereinbart ist, daß Käufer die Steuer zu zahlen soll. Der Käufer muß aber dafür sorgen, daß die von ihm durch Zufall zum Kaufpreis entrichtete Steuer vom Verkäufer an das Finanzamt abgeführt wird. Er muß sich selbst innerhalb zweier Wochen vom Verkäufer eine Quittung geben lassen, die neben der genauen Bezeichnung des verkauften Gegenstandes und der Empfangsbekanntmachung des Kaufpreises die Quittung der Finanzkasse über den Steuerbetrag enthalten muß. Däß der Käufer sich diese Quittung nicht ausstellen, so macht er sich nach dem Gesetz strafbar. Erhält der Käufer das nachstehende Empfangsbekanntnis nicht, so hat er binnen weiteren 14 Tagen dem Finanzamt hiervon Mitteilung zu machen und die Steuer selbst zu zahlen.

Bei Händlervorkäufen, d. h. Verkäufen von luxussteuerpflichtigen Gegenständen von Privatleuten an Händler, die solche Gegenstände weiterveräußern, kommt es an, ob der Händler eine Weiterveräußerungsbekanntmachung bezüglich des zu verkaufenden Gegenstandes hat. Im Gewerbetriebe oder eine polizeiliche Bekanntheit ergibt die Weiterveräußerungsbekanntmachung nicht; es ist vielmehr nur die von einem Finanzamt ausgestellte mit einer Nummer versehene und gewöhnlich auf ein Kalenderjahr gültige Bekanntheit, und nur hinsichtlich der in ihr genannten Gegenstände gültig. Der Händler hat sie, wenn er einen Verkauf von der Steuer befreit sein will, vorzulegen; in allen Fällen hat der Verkäufer die Steuer nicht zu entrichten und kann deswegen eventuell den Verkaufspreis herabsetzen. Auf der über den Verkauf auszustellenden Quittung muß jedoch der Name des Händlers, das Finanzamt, das die Bekanntheit ausgestellt hat, und deren Nummer vermerkt sein. Wird eine solche Bekanntheit von dem Händler vorgelegt, so ist als Ausweis gegenüber der Steuerbehörde eine Abkürzung des Empfangsbekanntnisses vom Privatverkäufer zurückzugeben; bei Nichtvorlage der Bekanntheit ist die Luxussteuer zu entrichten.

90 Prozent Höchstmietenzuschlag. Durch Beschluß des Sachverständigenausschusses des Bezirksausschusses vom 10. d. M. ist die Höchstmietenzuschlag in Wiesbaden von 60 auf 90 Prozent der Friedensmiete heraufgesetzt worden mit der Maßgabe, daß 35 Prozent auf die Unterhaltung der Gebäude und 55 Prozent auf die Unterhaltung der Nebeneinrichtungen (Steuern, Gebühren, Beiträge, Reparaturen, allgemeine Unkosten und dergleichen) entfallen. Der erhöhte Zuschlag wird in Kraft treten sobald die Verkündung des Beschlusses im Amtsblatt erfolgt ist.

Reinigung der Bürgersteige von Schnee und Eis. Im Vorjahr ist bekannt, nachdem wieder Schnee eingetreten ist, wird an die Grundstückseigentümer das Verlangen gestellt, die Bürgersteige nach jedem Schneefall von Schnee reinigen zu lassen, damit der Schnee nicht auf den Bürgersteigen liegen bleibt, sondern abgeräumt wird. Die Grundstückseigentümer, die ihrer Verpflichtung nicht nachkommen, werden in Strafe genommen. In denjenigen Fällen, in denen Grundstückseigentümer wiederholt oder trotz Aufforderung der Polizeibehörde die Bürgersteige von Schnee und Eis nicht reinigen, wird die Befreiung durch die Amtsanwaltschaft beantragt. Es wird hierbei darauf hingewiesen, daß nach dem Reichsgesetz erlangen ist, wonach die Befreiung aller Art, also auch Übertretungen von Polizeiverordnungen, von den Polizeibehörden mit Geldstrafe bis zu 80 M. und von den Gerichten mit Geldstrafe bis zu 1000 M. bestraft werden können.

Raubüberfall im Eisenbahnzug. Am 14. Februar, abends 7 Uhr, wurde in einem von Mainz nach Ludwigshafen fahrenden Personenzug der Dipl.-Ing. Fritz Otto Schmidt von einem Mitfahrenden überfallen und dabei mit einem Schlagring bedrückt, daß er das Bewußtsein verlor. Der Täter raubte ihm eine Brieftasche mit 700 M. Inhalt und verschiedenen Papieren, sowie Brieftaschen auf den obigen Namen lautend. Er ist etwa 1.75 bis 1.80 Meter groß, hat ein blaues Gesicht und schwarzen Schnurrbart. Der sich zur Wehr setzende Überfallene hatte dem Verbrecher einige W- und Kratzwunden beigebracht, vor allem an einem Finger, die deutlich erkennbar sein müssen. Vielleicht führen diese Wunden zu einer Aufklärung des Überfalles. Mitteilungen sind nach der hiesigen Kriminalpolizei erbeten.

Unentgeltliche Rechtsauskunft. Es wird darauf hingewiesen, daß für den Mittelstand ein Verein für unentgeltliche Rechtsauskunft besteht, der schon seit vielen Jahren sehr segensreich gewirkt hat. Sprechstunden finden statt im Arbeitsamt (Dobbeimer Straße 1) zwischen 8½ bis 7½ Uhr abends, mit Ausnahme Samstags.

Wiederaufnahme des Schiffsverkehrs auf dem Rhein. Aus Koblenz wird uns berichtet: Gleich nachdem der Rhein ziemlich frei von den abtreibenden Eisschollen geworden ist, hat bereits der Verkehr der großen Rheinschiffe auf dem Rheine wieder aufgenommen. Schon am Montag trafen die ersten Güterdampfer der Rhein-Düsseldorfer und der Niederländischen Gesellschaft in Koblenz ein, und es wird erwartet, daß nun auch die ersten größeren Schleppschiffe wieder in Fahrt treten. Bei dem gewaltigen Güterandrang infolge des Eisenbahnstreiks und der Unterbrechung der Rheinschifffahrt infolge des Eisgangs kommt die Wiederaufnahme des Schiffsverkehrs allseitig sehr erwünscht.

50jähriges Bestehen des Preussischen Lehrervereins. Der Preussische Lehrerverein wird am 11. April d. J. in Magdeburg im Krähwinkel seine Vertreterversammlung abhalten. Außer der sachgemäßen Erlebung geschäftlicher Angelegenheiten wird noch über die Beförderung der Angelegenheiten, über die Begründung einer Krankenkasse im Preussischen Lehrerverein, über die durch den Eintritt des Deutschen Lehrervereins in den Deutschen Beamtenbund notwendig werdenden Änderungen in der Organisation, über die Lehrerbildung, über die Übernahme der persönlichen Schullasten auf die Staatskasse und über die Pflichtstundenfrage verhandelt werden. Im Anschluß an die Vertreterversammlung soll am darauffolgenden Tage die Feier des 50jährigen Bestehens des Preussischen Lehrervereins abgehalten werden.

Hausgarten und Lehrerbeförderung. Nach dem Lehrerbeförderungsgesetz sollte auf dem Lande als Zubehör zu einer gegebenen Dienstwohnung ohne Anrechnung auf das Grundgehalt ein Hausgarten gewährt werden, sofern es nach den örtlichen Verhältnissen tunlich sei. Gegen diese Bestimmung hatte der Reichsfinanzminister auf Grund des Reichsgesetzes zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbeförderung Einspruch erhoben und wurden die Worte „ohne Anrechnung auf das Grundgehalt“ durch die Worte „unter Anrechnung auf das Grundgehalt“ ersetzt. Der Gehaltsführer des Preussischen Lehrervereins hat nun wiederholt schriftlich und mündlich das Ministerium gebeten, die Regelungen anzumessen, bei der Festlegung des Hausgartens auf die Eigenart des Schulgartens Rücksicht zu nehmen. Diesen Wünschen ist das Ministerium durch folgenden Erlaß nachgekommen: „Bei der Veranschlagung des Wertes des Hausgartens wird zu berücksichtigen sein, daß der Lehrer ihn in der Regel auch zu unrichtlichen Zwecken (Pflanzentunde, Anleitung der Schulkinder zum Obst- und Gemüsebau usw.) zur Verfügung stellt und kein Ertrag aus dem Garten zu erwarten ist, der der Lehrer und seine Familie dem Garten angedeihen lassen können. Oft wird der Ertrag durch die aufgewendeten Mühen und Kosten der Bestellung aufgewogen werden.“

Kommunale Umzugsbefehle. Häufig werden in der letzten Februartage Wohnungen dadurch frei, daß allein stehende Personen oder ältere Ehepaare ihren Haushalt auflösen, um mit Verwandten oder Bekannten zusammenzuziehen. Diese Befreiungen fördert der Magistrat von Dresden durch Gewährung von Beihilfen zu den Umzugskosten. Schon jetzt wurden bei einem Wegzug nach auswärts derartige Befreiungen etwa in der Höhe der Jahresmiete der freizumachenden Wohnung bewilligt. Rünftig sollen auch für Umzüge in der Stadt Zuschüsse bis zu 1000 M. gewährt werden, wenn ein Haushalt sich auflöst und eine Wohnung dem Wohnungsmieter zur Verfügung gestellt wird. Bei Aufnahme in Alters- oder Versorgungsbetriebe, die mit öffentlichen Mitteln errichtet oder unterhalten werden, fällt die Beihilfe in der Regel weg.

Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie. In der Dienstagvormittagsziehung fielen: 100 000 M. auf Nr. 23 252; 5000 M. auf Nr. 4492; 3000 M. auf Nr. 181 836; 1000 M. auf Nr. 7823, 17 072, 30 241, 40 628, 41 321, 109 586, 141 137, 233 783, 238 361, 296 917. In der Nachmittagsziehung des gleichen Tages fielen: 10 000 M. auf Nr. 63 469; 3000 M. auf Nr. 110 801, 115 262, 138 910, 141 128; 1000 M. auf Nr. 49 558, 299 916.

Zur Frankfurter Messe. Die Schweizer Bundesbahnen haben die Fahrpreise für Reisende aus Italien, die zur Frankfurter Frühjahrsmesse wollen (2. bis 8. April), wiederum um 30 Prozent ermäßigt. Mit Rücksicht auf den starken Besuch, den die Frankfurter Messen auch aus Italien zu verzeichnen haben, haben auch die italienischen Staatsbahnen die Gewährung einer beträchtlichen Fahrpreisermäßigung in Aussicht genommen. Die Handelskammer in Rom und ähnliche größeren Handelskammern Südtaliens haben entsprechende Anträge an das römische Verkehrsministerium gerichtet.

Zwei Diebe festgenommen. In der Moriststraße dahl waren Einbrüche am Werke, die aber während der Tat noch rechtzeitig abgebrochen werden konnten. Es waren der Karl Tougerie aus Bordeaux und Felix Boulet aus Paris. Sie kamen in Haft. Die beiden sind außerdem dringend verdächtig, in Mainz und Wiesbaden zahlreiche größere Diebstähle in Wohnungen ausgeführt zu haben.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

Gläubiger. In „Friedrich Jule“, das zusammen mit „Gläubiger“ am Samstag, den 18. d. M., im Kleinen Saal (Ressenz-Theater) erstmalig in Szene geht, spielt die Titelrolle Helga Klaffen. Die beiden anderen Rollen werden von Margu Kuhn und August Wambler dargestellt. In „Gläubiger“ hat die Rolle der „Thella“ Thilla Hummel inne, die beiden Rollen verkörpern Dr. Paul Gerhards und Willy Buschhoff. Die Regie führt Rudolf Hoch. — In den Hauptrollen des Märchenstücks „Der Froschkönig“ oder „Der arme Heinrich“ von Robert Wächter sind beschäftigt die Damen Doppelhauser, Vertzeil, Siegetz und die Herren Albert, Adrians, Dr. Joffe, Herrmann, Schorn und Schmad. Die Inszenierung leitet Oswald Rebus, die technisch-dekorative Einrichtung Friedrich Schlimm.

Kurhaus. Das nächste Konzertspektakel bestimmt am kommenden Freitag unter Leitung des hiesigen Musikdirektors Carl Schürdt hat. Leider hat der vorgesehene Solist Hans Hermann Kissen abgelehnt. Die Kurverwaltung wird als Ersatz entweder die hiesig bereits angekündigte, jedoch durch Erkrankung am Erscheinen verhinderte Kammergängerin Melanie Kuch von der Metropolitan-Oper New York oder den Bassisten J. A. Kuch von Bremen bringen. — Die „Lobesänger“, welche am Samstag im großen Saal des Kurhauses ihren ersten Tanzabend in Wiesbaden geben, teilen zur Orientierung des Publikums über Art und Zweck ihrer Tanzgemeinschaft folgendes mit: „Lobesänger, in Wiesbaden bei Julia de Heimat, ist eine Singschule, eine Lebensschule, eine Lebensgemeinschaft, die die Kunst und insbesondere den Tanz als notwendige Frucht eines auf innerliche Werte gerichteten, von einfachen und natürlichen Bedingungen ausgehenden Lebens betrachtet. Der tiefste Zusammenhang

zwischen Kunst und Leben drückt sich besonders deutlich in den Gruppen tungen aus und zeigt einen Weg, zu vieler großen, bewegten, gemeinsamen Tansform zu gelangen. Das Programm betont den künstlerischen Charakter des Lebens und bringt durchweg Gruppen tungen.“ — Eine interessante literarische Veranstaltung steht für Sonntagabend im kleinen Saal des Kurhauses bevor, da die Kurverwaltung den bekannten Schweizer Dichter und Schriftsteller Gust Jahn zu einem Vortragabend verpflichtet hat.

Musik- und Vortragsabende.

Kurhaus. Friedrich Koch-Wara hielt am Mittwochabend 6 Uhr im kleinen Saal des Kurhauses einen Vortrag über seine Streifzüge und Erlebnisse im Norden und Süden Amerikas. Mit packender Schilderung des Selbstlebens erzählte der Vortragende vom „deutschen Auswanderer“, dem Sehnsucht und Abenteuerlust in die Welt trieben, über den Ocean hinweg und drüben in Amerika ihn vom Norden zum Süden und vom Süden zum Norden jagend alles anpacken lassend, was Geld bringt und doch gleich wieder aufstößt, wenn die Anstrengung an sein Herz greift. Er berichtete über das Leben des „Auswanderers“, wenn er fremd und ohne Arbeit in Amerika ankommt. Die großen Sprüche verstummten da schnell; er wird ganz klein und freit durch die Straßen von New York auf der Suche nach Arbeit, die er tagelang, je oft wochenlang nicht findet, bis er endlich eine Beschäftigung als Kellner, Aufwärter oder ähnliches findet. Dann heißt es zugreifen, den Hinterkopf beugen und den eisernen Willen zum Fortkommen nicht verlieren, sondern auf die nächste Gelegenheit warten, die ein besseres Fortkommen ermöglicht. So wird der deutsche „Auswanderer“ Methodistenprediger, Rechtsanwalt in Eheheiratsangelegenheiten, Hauslehrer im Griechischen (das er nur wenig oder garnicht beherrscht), Abteilungschef usw. Aber nicht alle deutschen Auswanderer, die mit großen Hoffnungen nach Amerika gehen, kommen dort an. New York jagt den jungen Nachwuchs auf; er verschwindet, sobald er die Großstadt berührt und kein Mensch sieht sich mehr nach ihm um. Durch Not und Entbehrungen verdorrt alles ergreifend, was sich bietet; das war der Wahlspruch für die, die etwas in Amerika erreicht haben. Dem Vortragenden wurde am Schluß seiner Ausführungen beifälliger Beifall zuteil.

Marxburg-Vortrag Dr. Weidmann. Im Verein für das Deutschtum in Auslande führte eben im großen Kasinoaal Dr. Weidmann in Marxburg durch die Geschichte des Deutschritter-Ordens und an der Hand von prächtigen, teils farbigen Lichtbildern auch durch ihre alte Burg, die Marienburg. Der warmherzige Vortrag ließ uns die Entstehung, Entwicklung und den Verfall des Ordens miterleben. Die einzigartige Darstellungsweise zwang die Zuhörer zu ständiger Anteilnahme wie beim Anhören eines grandiosen Dramas. Man hatte das alles schon einmal gehört, die Deutschritter und ihre Burg geliebt, aber das Tiefere, Wesentliche wieder vergessen. Und so liegt es wie feiner Taft vergilbter Blumen aus dem Vortrag und weckt die Erinnerung an unsere Jugend. — Die Hochburg in ihren gewaltigen Ausmaßen, mit doppeltem Graben umgeben, ist in ihrer Dreiteilung Burg, Kloster und Kirche. Dem Patzen mochten Krieger sein im Inneren die lieblichste Zierlichkeit entgegen. Der Stil ist fast durchweg Gotik, das Material roter Basalt. Die leichten Gemäße, die aus Gneissblöcken wie aus Palmenstämmen süßförmig emporwachsen, sind zum Grundriss zu rechnen, was Menschenhände schufen. Die Bilder veranlassen die Zuhörer zu lauten Ausrufen der Bewunderung, die sich am Schluß des Vortrags zu einstimmigem, leisem Beifall vereinigten.

Aus dem Vereinsleben.

Der „Mieterschutzbund Wiesbaden, G. V.“, hält auch an dieser Stelle auf die am nächsten Freitag, den 24. d. M., stattfindende Jahreshauptversammlung hinweisen. Die Mitglieder werden gleichzeitig darauf aufmerksam gemacht, daß die Mieterzeitsungen in den Geschäftsstellen der Firma Barth zum Abholen bereit liegen.

Gerichtssaal.

Das Urteil im Smeetsprozeß.

wd. Köln, 15. Febr. Heute vormittag begann vor der 3. Strafkammer des Landgerichts Köln der Prozeß gegen den rheinischen Sonderbündler Josef Smeets. Dieser hatte bekanntlich in seiner Zeitung, der „Rheinischen Republik“, zwei Polizeibeamte in Siegburg dadurch beleidigt, daß er sie der Überbreitung ihrer Amtsgewalt bezichtigt hatte. Eine Unteruchung ergab die Haltlosigkeit dieser Behauptung. In der Angelegenheit waren bereits früher zwei Termine anberaumt gewesen. Als Smeets am 5. Dezember v. J. nicht zur Verhandlung erschienen war, wurde der Haftbefehl gegen ihn erlassen, der aber auf Anordnung der Interalliierten Rheinlandkommission wieder aufgehoben werden mußte. In der heutigen Verhandlung lehnte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Wolff (Pulldorf), die 3. Strafkammer als befangen ab. Nach weiteren Darlegungen seitens des Vorsitzenden und des Staatsanwalts trat das erkennende Gericht ab und ein Beschlußgericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Kollenthal beschloß sich nahezu eine ganze Stunde lang mit dem Ablehnungsantrag des Angeklagten. Der Verteidiger hatte inzwischen einen Zusatzantrag zu seinem Ablehnungsantrag eingereicht, in welchem er sämtliche Richter des Landgerichts Köln als befangen ablehnte, weil sie in ihrer Gesamtheit nach dem Eingreifen der Rheinlandkommission als voreingenommen anzusehen seien. Das Beschlußgericht lehnte diesen weitgehenden Antrag ab und erklärte auch die erste Ablehnung des Antrags bezüglich der 3. Strafkammer für unbegründet. Sodann wurde die Verhandlung für eine Stunde unterbrochen. Die Anträge auf Ablehnung sämtlicher Richter des Landgerichts Köln wurden von der zur Prüfung eingesetzten Richtercommission als unzulässig und unbegründet abgelehnt. Um 1/8 Uhr abends wurde das Urteil verkündet: Smeets wurde zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt. In der Begründung des Urteils wurde erklärt, daß der frühere Artikel heftig und im Interesse der Parteipolitik verfaßt worden sei.

Handelsteil.

Reichsbank-Ausweis.

Die Wochenübersicht der Reichsbank vom 7. d. M., die infolge der Störungen des Postverkehrs durch den Eisenbahnstreik verspätet zur Veröffentlichung gelangt, zeigt, daß während der ersten Februarwoche eine weitere Zunahme des Zahlungsmittelumsatzes eingetreten ist. Der Umlauf an Banknoten hat sich um 1230.3 Mill. M. auf 116 606 Mill. M., der Umlauf an Darlehenskassenscheinen um 25.4 Mill. M. auf 8070.9 Mill. M. erhöht. An beiden Geldzeichen zusammen sind also 1255.7 Mill. M. neu in den Verkehr abgeflossen. In der Vergleichszeit des Vorjahres wurden demgegenüber Rückflüsse in Höhe von 261.2 Mill. M. ausgewiesen. Nach der starken Inanspruchnahme der Anlagekonten der Bank zum Ultimo des Monats Januar war die Entlastung, die, wie üblich, in der ersten Monatswoche zu beobachten ist, diesmal verhältnismäßig geringfügig. Die gesamte Kapitalanlage ermäßigte sich um 916.3 Mill. M. auf 127 055.8 Mill. M.; die bankmäßige Deckung für sich allein genommen ging um 983.9 Mill. M. auf 126 768.9 Mill. M. zurück. Die Entlastung der Anlage wurde ausschließlich durch eine Abnahme der Bestände an diskontierten Reichsschatzanweisungen bewirkt, die sich auf 1831.3 Mill. M. bezifferte. Auf der anderen Seite verminderten sich auch die fremden Gelder der Bank, und zwar um 334.5 Mill. M. auf 23 077.9 Mill. M. Bei den Darlehenskassen folgte der Neubelastung zum letzten Monatschluß ebenfalls ein Rückgang des Darlehensbestandes. Die Summe der ausstehenden Darlehen wurde um 211.5 Mill. M. auf 13 655.5 Mill. M. eingeschränkt, so daß die Reichsbank einen den Rückzahlungen entsprechenden Betrag in Darlehenskassenscheinen an die Darlehenskassen abzuliefern hatte. Demgemäß nahmen die Bestände der Bank an diesen Scheinen unter Berücksichtigung des in den Verkehr abgeflossenen Betrags auf 5444.6 Mill. Mark ab.

Manchester

Ia Lindener Ware

Mtr. Mk. 120.—

Heinrich Wels

Kirchgasse 64.

K 109



D. u. S. Alpenverein

Sektion Wiesbaden

Samstag, 18. Febr., abends
8 Uhr in der Aula des Lyzeums I
am Markt

Bildbilder-Vortrag

Studienrat Dr. W. Pfeiffer, hier:
Bergfahrten in den Riedtaler
Alpen. 1278

Slave der Mode

so weit sie den äußeren Menschen anbetrifft, ist
fast jeder. Das Kleid der Wohnung, die Wand,
wird dagegen sehr oft vernachlässigt.

Wissen Sie nicht, daß eine geschmackvoll gewählte
Tapete der Wohnung ungeahnte Reize verleiht?

Ich habe gr. Vorräte aller Art.

172

Hermann Stenzel

Schulgasse 6.

Anzugstoffe!

Veräumen Sie nicht, mein Lager zu besichtigen.

Führe bei außergewöhnlich billigen
Preisen nur beste Qualitäten in blauen,
schwarzen u. modelfarbenen Samtgarnen,
Cheviots u. Moltons für Frühjahr u. Sommer

N. Schneider, Rheinstraße 51, Ecke Kirchgasse
1. Stock! Rein Laden! 1. Stock!

Korbmöbel

tadellose Ausführung, zu bill. Preisen empfiehlt

Hirt, Bleichstraße 23, 1.

Die glückliche Geburt eines
gesunden
Mädchens
zeigen in dankbarer Freude an

Hermann Börner u. Frau
Käthe, geb. Börner.Wiesbaden, 14. Februar 1922
Albrechtstr. 20.

Todes-Anzeige.

Plötzlich und unerwartet starb meine innig-
geliebte Frau, unsere gute Mutter, Schwester
und Schwägerin

Margarete Hömberger

geb. Gans

im Alter von 42 Jahren.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Ludwig Hömberger und Kinder.

Wiesbaden (Gustav-Adolfstr. 3), Spabrücken.

Die Beerdigung findet Freitag, 17. Febr.,
nachmittags 2 1/2 Uhr, auf d. Südfriedhof statt.

Heute nacht entschlief sanft nach langem,
schwerem Leiden meine liebe Mutter, unsere
liebe Schwiegermutter, Großmutter, Schwester,
Schwägerin und Tante

Frau Elise Philippi

geb. Schütz

im 71. Lebensjahre.

Im Namen
der trauernden Hinterbliebenen:
Georg Philippi.Wiesbaden, den 16. Februar 1922.
Scharnhorststraße 29.Die Beerdigung findet Samstag, den
18. Februar, vormittags 11 1/2 Uhr, auf dem
Südfriedhof statt.Blumenpenden im Sinne der Ver-
storbenen dankend verboten.

Todes-Anzeige.

Plötzlich und unerwartet holte am Dienstag abend der Allmächtige meinen geliebten Mann, unsern treu-
sorgenden Vater, Bruder, Schwiegervater und Großvater

Herrn Bankdirektor Heinrich Meis

zur Ruhe des Volkes Gottes.

Jeremias, 31, 3.

In tiefer Trauer:

Frau Eva Meis

Elisabeth Seibert, geb. Meis

Paul Meis, cand. dent.

Wilhelm Meis, Prediger

Theo Seibert, Lehrer, und ein Enkelkind.

Wiesbaden, Egenroth, Leipzig, den 15. Februar 1922.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 18. Februar 1922, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Südfriedhof
statt. — Fahrgelegenheit mit der elektr. Bahn ab Hauptpost mit Extrawagen an die Anschlußzüge 3¹⁰ bzw. 3²⁰.Tieferschüttet erfüllen wir die traurig Pflicht, das am 14. Februar 1922,
plötzlich, nach 2tägigem Unwohlsein, erfolgte Ableben unseres hochverdienten

Herrn Direktors

Heinrich Meis

zur Kenntnis zu bringen. Wir verlieren in dem Dahingeschiedenen eine
Persönlichkeit, die durch treue Pflichterfüllung und hervorragende Gewissen-
haftigkeit vorbildlich war. Während seiner 42jährigen Tätigkeit im Dienste
unserer Genossenschaft, davon 23 Jahre als Direktor, hat er seine ganze
Kraft mit Treue, größter Umsicht, und gekrönt mit vollem Erfolg, für die
Vereinsbank, ihre Mitglieder und das ganze Genossenschaftswesen eingesetzt.

Mit schmerzlichem Bedauern sehen wir ihn in der Fülle seiner Kraft
aus unserer Mitte scheiden.

Sein Name bleibt mit der Entwicklung der Vereinsbank unzertrennlich
verknüpft und werden wir sein Andenken hoch in Ehren halten.

Wiesbaden, den 15. Februar 1922.

Der Vorstand und Aufsichtsrat

der

Vereinsbank Wiesbaden.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

F276

Plötzlich und unerwartet wurde gestern nach kurzem Krankenlager
unser allseitig beliebter, hochgeschätzter

Herr Direktor Meis

unserer Mitte entrissen.

Wir verlieren in dem Entschlafenen einen uns jederzeit wohlgesinnten
Vorgesetzten, der uns stets durch seine unermüdliche Schaffensfreudigkeit und
gewissenhafte Pflichterfüllung als leuchtendes Vorbild diente. Er war uns
jederzeit ein treuer Berater und hatte für jeden von uns ein offenes Herz.

Mit größtem Schmerz betrauern wir seinen frühzeitigen Tod und
werden ihm stets ein ehrendes Andenken über das Grab hinaus bewahren.

Wiesbaden, den 15. Februar 1922.

Die Beamtenschaft

der

Vereinsbank Wiesbaden.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

F276